Bekanntmachung

Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung;

Nutzung von oberflächennahem Grundwasser für eine Bauwasserhaltung und das Bauen im Grundwasser auf dem Grundstück, Flur-Nummer 584/6 der Gemarkung Freimann der Landeshauptstadt München

Die amtliche Bekanntmachung finden Sie auch im Internet unter <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Klima-und-Umweltschutz/Bekanntmachungen.html>

Für den Standort beabsichtigt Herr Konstantin Khadjav den Bau eines Wohnhauses. Es wird eine Bauwasserhaltung benötigt. Beantragt wurde eine Förderleistung von 5,4 Litern pro Sekunde, für die Dauer von ungefähr 150 Tagen und einer Gesamtfördermenge von ungefähr 20.174 Kubikmetern. Das Grundwasser wird aus insgesamt einem Brunnen gefördert. Die anfallenden Wassermengen werden über einen Schluckbrunnen des Baufeldes auf dem eigenen Grundstück wieder versickert.

Für die geplante Maßnahme ist eine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß Artikel 15 des Bayerischen Wassergesetzes erforderlich. Da durch das Vorhaben erheblich nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind, ist gemäß Paragraph 7 Absatz 2 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes in Verbindung mit Nummer 13.3.3 der Anlage 1 Spalte 2 eine standortbezogene Vorprüfung durchzuführen.

Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass im Bereich des Vorhabens keine besonderen örtlichen Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Dazu gehören Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, Biotope, Fauna-Flora-Habitat-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete und dichte Bevölkerung. Aus wasserwirtschaftlicher Sicht sind daher keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten, da das entnommene Grundwasser am gleichen Grundstück wieder versickert wird.

Eine ökologische Empfindlichkeit des Standorts hinsichtlich des Schutzguts Grundwasser ist nicht gegeben. Die Baugrundstücke liegen nicht in einem in Nummer 2.3.8 der Anlage 3 zum Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz genannten Gebiet, also in keinem Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebiet. Da das geförderte Grundwasser dem quartären Grundwasserkörper wieder vollständig und ortsnah zugeführt wird, wird das Grundwasserdargebot erhalten.

Der während der Baumaßnahme auftretende Aufstau von maximal ungefähr 3 Zentimetern ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht tolerierbar. Eine negative Auswirkung auf die Nachbarbebauung ist während der Bauphase nicht zu erwarten, weil der Aufstau gering ist und vor Erreichen der Bebauung abgebaut wird. Der durch das fertige Bauwerk verursachte rechnerische Aufstau von maximal ungefähr 3 Zentimetern kann aus wasserwirtschaftlicher Sicht ebenfalls toleriert werden, weil der Aufstau gering ist und vor Erreichen der Bebauung abgebaut wird.

Maßnahmen zur Grundwasserüberleitung sind daher nicht erforderlich. Das Bauvorhaben liegt innerhalb des 60 Meter Bereiches des Schwabinger Bachs. Es ist jedoch von keiner negativen Auswirkung des Bauvorhabens und der Bauwasserhaltung auf den Schwabinger Bach auszugehen.

Diese Feststellungen werden hiermit gemäß Paragraph 5 Absatz 2 Satz 1 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellungen nicht selbständig anfechtbar sind.

Das Protokoll über die Vorprüfung des Einzelfalls kann beim Referat für Klima und Umweltschutz, Bayerstraße 28 a, 80335 München, Sachgebiet Wasserrecht, Zimmer 4031 nach vorheriger telefonischer Anmeldung eingesehen werden. Die Telefonnummer für die Anmeldung lautet: Handy 01522 1706045. Weitere Auskünfte können ebenfalls unter dieser Telefonnummer eingeholt werden.

München, den 19. Mai 2025

Landeshauptstadt München

Referat für Klima und Umweltschutz